

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Gefühlzeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

436 534 Einzeichnungen in Berlin!

Davon am Montag 129 508. - Guter Fortgang im Reich.

Der Andrang zu den Eintragungsstellen für das Volksbegehren war in Berlin am Montag naturgemäß geringer als am Sonntag, aber er hielt sich doch auf einer Höhe, die alle Erwartung übertraf.

Eingetragen wurden Sonnabend, Sonntag, Montag (in Klammern die Summen aus den fünf Tagen Donnerstag bis Montag) in den Verwaltungsbezirken

- Mitte 3249, 11 997, 7568 (28 074);
Tiergarten 3275, 10 890, 7333 (26 438);
Wedding 7856, 20 605, 17 390 (56 255);
Prenzlauer Berg 6063, 17 353, 13 546 (45 008);
Friedrichshain 7016, 18 002, 14 975 (49 715);
Kreuzberg 6768, 18 078, 14 307 (50 187);
Charlottenburg 2151, 9243, 6205 (21 352);
Spandau 1395, 3856, 3544 (10 948);
Wilmersdorf 917, 3231, 2075 (7689);
Jehliendorf 88, 550, 357 (1180);
Schöneberg 1795, 7562, 4559 (17 593);
Steglitz 533, 2948, 1951 (6536);
Tempelhof 629, 2122, 1774 (5643);
Neukölln 5310, 17 125, 12590 (44 941);
Treptow 1804, 4202, 4619 (14 021);
Höpenick 1158, 2657, 2663 (8453);
Lichtenberg 3800, 5044, 6204 (17 886);
Weißensee 570, 2127, 1925 (5546);
Pankow 891, 3287, 2481 (8395);
Reinickendorf 1112, 4081, 3441 (10 676);
in ganz Berlin 56 385, 164 952, 129 508 (436 534).

Noch Zunahme gegen Sonntag!

Steigerung der Eintragungen in Breslau.

Breslau, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Eintragungen für das Volksbegehren haben nach dem ersten Höhepunkt am Sonntag nicht abgenommen, sondern im Gegenteil eine weitere Zu-

nahme erfahren. Während am Sonntag in Breslau sich über 8000 Menschen eintrugen, waren es am gestrigen Montag über 10 000, die sich für das Volksbegehren unterschrieben.

Christliche Arbeiter und Bauern für das Volksbegehren.

Köln, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach den im Laufe des Montagabend vom Kölner Wahlamt vorgenommenen Zählungen haben sich bisher in den 63 Einzeichnungslotolen rund 30 000 Stimmberechtigte eingetragen.

Eine stark besuchte Versammlung des katholischen Arbeitervereins in dem großen Kölner Industrieort Kalk hat einstimmig beschlossen, den Vorschlag der Zentrumspar- tei, sich nicht in die Einzeichnungslisten einzutragen, abzu- lehnen und reiflos die Einzeichnung vorzunehmen.

Rebellion gegen die Zentrumsführung am Main.

Hanau, 9. März. (Mit.) Der katholische Arbeiter- verein Hanau hat beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, sich in die Listen für das Volksbegehren zur Entgegnung der ehemaligen Fürsten einzutragen.

Beschluß der Frankfurter Demokraten.

Frankfurt a. M., 9. März. (Mit.) In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Professor Schüding ein Programm des künftigen internationalen Willens Deutschlands entwarf, wurde folgende Entschlieung angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Frankfurts nimmt Kenntnis von dem Bericht des Reichstagsabgeordneten Pro- fessor Schüding über die Verhandlungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit den anderen Regierungsparteien und dankt ihr für den zähen Kampf, den sie geführt hat, um die Forderungen der Fürsten zurückzuweisen.“

In Erwartung Briands.

Stille in Genf.

V. Sch. Genf, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Etwa tausend Menschen, die aus aller Welt nach Genf zusammengeströmt sind, warten seit gestern auf einen einzigen Mann und sind zur Un- tätigkeit verurteilt. Niemand weiß, wann Briand zurückkehren wird und in welcher Eigenschaft.

Inzwischen hat sich das Schwergewicht dieser Verhandlungen insofern etwas verschoben, als nicht mehr allein der Widerstand der deutschen Delegierten als der wichtigste gilt, sondern immer mehr der ablehnende Standpunkt der Schweden.

Heute keine Volksversammlung.

Genf, 9. März. (Mit.) Heute wird weder eine Sitzung des Rates noch eine Volksversammlung des Völkerbundes stattfinden. Am Nachmittag wird lediglich unter Chamberlains Vorsitz der Aus- schuß für die Aufnahme Deutschlands zu einer Sitzung zusammen- treten, um einen Unterausschuß einzusetzen.

Belgien gegen Spaniens Verlangen.

Paris, 9. März. (Mit.) Nach dem Genfer Sonderbericht- erstatter des „Echo de Paris“ habe sich der belgische Außenminister Vandervelde vertraulich gegen das spanische Verlangen nach Zuteilung eines ständigen Rates ausgesprochen.

Belgien fürchte in der Tat, daß es die Kosten der Zulassung Spaniens als ständiges Mitglied zu tragen haben werde, nämlich dadurch, daß es aus dem Rat ausscheiden müßte.

Pessimismus in Warschau.

Warschau, 9. März. (Mit.) Die ganze polnische Presse ist mit Nachrichten über den Verlauf der gestrigen Genfer Ver- handlungen angefüllt. Trotzdem ist das Interesse des Publikums für die Ratsfrage gering.

Die Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundsrat.

Belgrad, 9. März. (Mit.) Wie die „Kouosty“ meldet, ist auf der Konferenz der Kleinen Entente in Lemesoar beschlossen worden, daß in Zukunft die Kleine Entente immer abwechselnd durch ein anderes Mitglied im Völkerbundsrat vertreten sein soll.

Kein Fortschritt in Paris.

Rückkehr Herriots?

Paris, 9. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Versuche zur Lösung der französischen Regierungskrise haben noch keinerlei Fortschritte gemacht. Die Blätter bestätigen, daß sämtliche politische Persönlichkeiten, die der Präsident der Republik am Montag zu Rate gezogen hat, diesem die Berufung Briands emp- fohlen haben.

Der neue italienische Botschafter wird sein Beglaubigungs- schreiben dem Reichspräsidenten erst nach der Rückkehr des Außen- ministers aus Genf überreichen.

Die chinesischen Wirren.

Von Japan aus gesehen.

Tokio, im Februar 1926.

Hongkong liegt heute tief danieder; das ist ein Erfolg der Politik der kommunistischen Regierung von Kanton, die mit aller Energie den wirtschaftlichen Einfluß Großbritanniens in Südhina bekämpft.

Der wirtschaftliche Niedergang Hongkongs ist klar und auffallend. Die erste Ursache war der sogenannte „Kantong-Road-Fall“ in Schanghai zu Ende Mai v. J., bei dem die dortige britische Polizei einige gegen den ausländischen Imperialismus demonstrierende Studenten niederstieß, worauf unter den Eingeborenen schwere Unruhen entstanden.

In Hongkong und Kanton herrscht auch heute noch unter einem großen Teil der Arbeiterschaft Streik auf Streik, und die wirtschaftlichen Verluste sind unendlich groß. Nicht nur Briten, sondern auch andere ausländische und chinesische Kapitalisten haben unter diesen Streiks gelitten.

Hongkong hatte eine große Bedeutung als ein Hafen des Zwischenhandels; der weitaus größte Teil der ein- und aus- gehenden Waren für Südhina wurde dort auf- und abge- laden. Im Jahre 1924 noch gingen nicht weniger als 23 Proz. aller Güter des gesamten chinesischen Außenhandels über Hongkong.

Die Regierung von Hongkong hat im vorigen Jahre zwei Millionen Pfund Sterling zur Unterstützung der durch Streik und Boykott in Not geratenen Kaufleute ausgegeben.

Trotz alledem darf man aus der heutigen Lage nicht gleich auf die Zukunft schließen, da die politische wie auch die wirtschaftliche Lage in China sich jeden Tag rasendstospartig ändert. Niemand weiß, was morgen wird!

gibt es noch kein Anzeichen eines bestehenden Umsturzes der Kantoner Regierung. Daß aber die Befürchtung in den nächsten Jahren in Stande sein könnte, gegen die Kommunisten in Kanton etwas Entscheidendes zu unternehmen, ist unbestreitbar.

Ob Großbritannien selbst irgend etwas Entscheidendes zu unternehmen beabsichtigt, sieht dahin. Die Frage der weiteren Entwicklung des Konfliktes ist für ganz Ostasien brennend. Die geschüberte Sachlage gibt viel Anhaltspunkte für die Beurteilung der Ausflüchte des fremdländischen Imperialismus in China. Man denke z. B. an Japans Stellung in der Mandchurie und die politische Rußlands in der Mongolei. Der vor kurzem entstandene Streit um die ostchinesische Eisenbahn könnte leicht nur eine Vorstudie für den kommenden russisch-chinesisch-japanischen Konflikt in Nordchina gewesen sein.

Befohlene Entrüstung.

Heber Dittmann und — Philipp.

Den früheren Marineoffizieren ist Dittmanns Rede über die Marinevorgänge von 1917 und 1918 in das schlotternde Gebein gefahren. Sie organisieren jetzt einen Entrüstungssturm gegen die Rede. In der letzten Nummer der „Deutschen Marine-Zeitung“, dem Publikationsorgan des „Bundes Deutscher Marine-Bereine“, prangt folgende Kundgebung:

In alle Bundesvereine!

Zurückweisung der Behauptungen des Reichstagsabgeordneten Dittmann.

Die beim Bunde auf Grund seines Aufrufs in der Beilage zu Heft 3 der „Deutschen Marine-Zeitung“ in großer Zahl eingegangenen Proteste gegen die Verunglimpfungen der alten Marine im Reichstagsuntersuchungsausschuß veranlassen uns zu folgender Erklärung:

1. Die im Bunde Deutscher Marinevereine vereinigten ehemaligen Angehörigen der Marine weisen die Behauptung des Reichstagsabgeordneten Dittmann, das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaft in der Marine sei schlecht gewesen, mit Entrüstung zurück.

2. Nicht irgendwelche Zustände und Ereignisse innerhalb der Flotte, sondern die planmäßig von außen in die Marine hineingetragene politische Agitation hat nach unserer Überzeugung zu den Meutereien von 1917 geführt und damit den Boden für den Zusammenbruch in der Marine im Herbst 1918 bereitet.

3. Die im Bunde Deutscher Marinevereine zusammengeschlossenen Marineangehörigen stehen in alter Treue hinter ihrem ehemaligen Flottenchef und seinen Offizieren.

Der Vorstand
des Bundes Deutscher Marinevereine.

Also durch einen Aufruf in Nr. 3 der „Marine-Zeitung“ haben die Ortsvereine des Bundes den Befehl bekommen, sich über Dittmanns Rede zu entrüsten. Diese befohlene Entrüstung ist dann die Grundlage für die obige Entrüstungserklärung des Vorstandes des Bundes. Wem man wohl damit imponieren will? Doch nicht etwa dem Untersuchungsausschuß des Reichstags?

Am Sonntag hat im „Verband der Marinevereine Berlins und der Provinz Brandenburg“ der frühere Admiral Schröder sich ebenfalls pflichtschuldigst entrüstet. Er hat dort mitgeteilt, daß er an die Reichstagsfraktionen der Rechtsparteien sich gewendet habe, um seinem „Befreunden“ über das „totale Versagen“ des deutschnationalen Abg. Dr. Philipp als Vorsitzenden des 4. Untersuchungsausschusses des Reichstags bei dem Dittmannschen Referat Ausdruck zu geben. Kapitän Scheibe kündigte die Abfassung einer Gegenbrochure gegen Dittmann an. Diese Aufregung im Lager der früheren Marineoffiziere zeigt nur, wie sehr Dittmanns Rede ins Schwarze getroffen hat.

Der Frühjahrshut.

Von Elsa.

„Also bitte, hier ist das Muster und der Bast — aber recht fest! — 4 Luftmaschinen, 10 dicke Maschen — zunehmen — 3 glatte — zunehmen — 3 glatte — zunehmen usw. Aber nochmals, — so fest wie nur irgend möglich häkeln!“

Das energische, aber sonst ganz freundliche Fräulein überließ mich meinem Schicksal! Da sah ich nun inmitten einer Gruppe von Heimarbeiterinnen und sollte mich daran begeben, einen Hut zu häkeln! Ich hing eifrig an, in dem Wunsch, es meiner Auftraggeberin rechtzumachen!

Ich häkelte — häkelte — 4 Luftmaschinen — 10 dicke — 3 dicke — zunehmen — 4 dicke zunehmen — — — 5 dicke zunehmen — dicke zunehmen — glatt herum — — — meine Finger begannen mir schon taub zu werden in dem Bestreben, recht fest zu häkeln! Dazu die dünne Stahlhäkelnadel, der verstaubte Metallbast, von dem sich die Fäden immer verwirrten — das enge Sigen! Alles schon voll in dem Raum, in dem die Heimarbeiterinnen zu Huthälterinnen ausgebildet werden sollten! Und immer kamen neue Frauen und Mädchen auf ein Injerat hin, um sich den färglichen Verdienst verschaffen zu können! Schon wurden soundso viele fortgeschickt, da bereits alles überfüllt war. — Tapfer häkelte ich weiter, es interessierte mich doch auch, welche schönen Gebäude da unter meinen Händen entstehen sollten. Die neue Frühjahrsmode! Entzückende, gehäkelte, leichte Topfhüte aus farbigem Metallbast! — Ich dachte mir, daß ich doch in einer sieben- bis achtstündigen Arbeitszeit den Lohn für solch reizendes Etwas, ganze 1,60 Mk., verdienen müßte!

Zwei Stunden sah ich nun schon da, mein Hütchen war aber kaum mehr wie bis zu Handtellergröße geblieben; ich schielte auf die Arbeit meiner Nachbarinnen, sie waren auch kaum weiter gekommen! — Da der alten Dame mit den feinen Zügen schien es besonders schwer zu fallen, das Augenlicht wollte anscheinend nicht reichen! Und dort das blaße Fräulein quälte sich wohl auch recht sehr, zudem mußte sie noch auf das kleine Mädchen acht geben, das sie nicht allein zu Hause lassen konnte. — Ach, und all die andern! In meinem Eifer, recht schnell einen „guten“ Verdienst zu erhalten, hatte ich zuerst gar nicht so genau hingesehen! Die vielen blassen Gesichter mit den dunkel umrandeten Augen — seine Damen neben armstellig aussehenden Geschöpfen — und alle sieberhaft bestrebt, den vierfachen Bast zu meistern, der sich immer verwirren wollte! Ganz still waren sie alle vor Eifer, auch die, die sich auf der Treppe vorher so maßig gemacht hatten!

Ich wurde aus meinen Betrachtungen aufgeschreckt durch das Fräulein, das mir die Arbeit gab. Energisch nahm sie mir diese aus der Hand, riß den Bast ab und erklärte mein schönes Nachwerk für untauglich. „Stief zu locker.“ Ich mußte nochmals an-

Deutsche Fürsten.

Ihr würdeloser Rückzug aus der Weltgeschichte.

Der schamlose Versuch der deutschen Fürsten, das schwer kämpfende deutsche Volk auszubeuten, stößt im Ausland auf Verachtung. Die Basler „Nationalzeitung“ schreibt:

„Bei 2 1/2 Millionen Arbeitslosen und etwa 10 Millionen Mitbetroffenen und wöchentlich 50 Selbstmorden aus Lebensnöten allein in Berlin, bedrängen die abgesetzten deutschen Fürsten ihre ungetreuen ehemaligen Landeskinder um Alimamente im Betrage von rund drei Milliarden Mark. Ebenfalls aus Lebensnot?“

Die geplante und durch einige willfährige Gerichte erster Instanz sogar gutgeheißene und beförderte Ausbeute soll radikal eine Volksinitiative verhindern, wozu vom 4. März ab überall die Zeichnungslisten aufgelegt werden; die Initiative verlangt die Enteignung der Fürsten bis auf den letzten Pfennig. Ob das Enteignungsgesetz im Reichstag die nötige Zweidrittelmehrheit findet, ist sehr zweifelhaft, aber die Initiative selbst wird mit Millionen auch gutbürgerlicher Stimmen gefüllt werden.

Selten war ein Rückzug aus der Weltgeschichte würdeloser als dieses letzte öffentliche Auftreten der deutschen Fürsten. Der Skandal ist eine große Keilspitze und auch Beruhigung für die Republik; denn es gibt kaum einen der ehemaligen Potentaten, dessen Gesinnung die Abfindungsstunde nicht irgendwie kompromittierte. Die republikanische Presse hat ein Propagandamaterial zur Hand, wogegen die monarchistische und nationalstische nicht mehr wird aufkommen können.

Während man im Ausland mit Verachtung auf die würdelose Begehrlichkeit blickt, gibt es in Deutschland noch Parteien, die die niedrige Gesinnung gutheißen, die aus den Fürstenforderungen spricht. Das Volksbegehren unterzeichnen, heißt die Würde der Deutschen gegen die Würdelosigkeit der Fürsten wahren.

Demokraten für den Volkentscheid.

Beschluß der Spandauer Demokraten.

Die Spandauer Demokraten haben an alle ihre Anhänger und Wähler die Aufforderung gerichtet, sich zahlreich in die Listen für den Volkentscheid einzutragen. Dieser Beschluß ist in einer stark besuchten Mitgliederversammlung fast einstimmig gebilligt worden. Die Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion wurde nicht gutgeheißen. Es wurde bedauert, daß mitten im Kampfe die Parole von der Parteileitung auf Wahlenthaltung ausgegeben wurde. In der Tat haben sich bereits zahlreiche Demokraten in die Listen eintragen lassen. Der demokratische Bezirksvorsitzende Dr. Hirschfeld, der Vorsitzende der Spandauer Ortsgruppe, hat in der letzten Sitzung der Bezirksversammlung ausdrücklich sich für den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten eingesetzt.

Die Spandauer Demokraten richten an die Parteien, die den Volkentscheid unterstützen, die Bitte, daß die Listen nach Feststellung des endgültigen Ergebnisses vernichtet werden.

Kritik an der demokratischen Reichstagsfraktion.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht folgende Zuschrift aus Kreisen der Deutschen Demokratischen Partei:

„Es wird nicht wenige Demokraten geben, die das neue Abkommen über die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern mit einem nassen und einem trockenen Auge gesehen haben. Selbst wenn man sich mit dem Kompromiß zufriedengeben wollte, bleibt doch eine Bestimmung darin, die mehr als ansehbar ist: nämlich die „selbstverständliche“ Voraussetzung für das Zustandekommen des Kompromisses, daß die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei sich am Volksbegehren nicht beteiligen. Diese Bestimmung hätte ihre

innere Berechtigung nur dann, wenn etwa das Kompromiß in den allerersten Tagen vom Reichstag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen würde. Ist dies schon der Zeit nach höchst ungewiß, so ist es erst recht unsicher, ob sich die nötige Zweidrittelmehrheit finden wird. Sollen und wollen wir Demokraten uns aber wirklich gottergeben darauf verlassen, daß die Parteien und Organisationen, die das Volksbegehren beantragt haben, allein die fast vier Millionen Stimmen aufbringen, ohne daß wir selbst etwas dazu tun? Und mit dieser Arbeit anderer wollen wir der Rechten drohen? Das scheint weder politisch richtig und klug, noch auch nur fair zu sein. . . .

Mit dem Aufruf zur Nichtbeteiligung am Volksbegehren darf das Schicksal des ganzen Problems, das das Volk bis in seine tiefsten Tiefen aufgewühlt hat, nicht aufs Spiel gesetzt sein. Darum scheint es mir mehr als nur ein Parteigebot, daß der am Mittwoch zusammen tretende Parteiauschuß diese Gesichtspunkte sorgsam prüft und den Aufruf an die Parteifreunde zur Nichtbeteiligung am Volksbegehren so lange ablehnt, bis das Gesetz im Reichstag verabschiedet ist.“

Die Liquidationsverhandlungen.

Zwischen Deutschland und Polen.

Der Vorsitzende des polnischen Verhandlungsausschusses für die Liquidationsfrage des deutschen Eigentums Professor Winiarski überreichte vor einigen Tagen dem Vorsitzenden des entsprechenden deutschen Ausschusses Minister Goepfert eine Liste des Landbesitzes städtischer Immobilien, der der Industrie- und Handelsunternehmungen sowie der Anteile, welche nach polnischem Vorschlag von der Liquidation freibleiben könnten. Diese Liste umfaßt circa 43 000 Hektar Großgrundbesitz, ferner circa 5000 Hektar der Mittel- und Kleingüter, circa 300 städtische Immobilien der Industrie- und Handelsunternehmungen sowie eine Anzahl von Anteilen. Goepfert teilte am gestrigen Tage Winiarski mit, daß die genaue Prüfung der Liste einige Zeit in Anspruch nehmen wird und daß angeht dessen die Sitzung beider Delegationen nicht früher als am 20. d. M. abgehalten werden könnte, wobei er auch die Möglichkeit eines weiteren Aufschubes von einigen Tagen in Aussicht stellte. Diesen Vorschlag hat Professor Winiarski angenommen.

Die Jemendörfer Leutnant Schöler und Genossen, die seinerzeit vom Schweriner Schwurgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Ermordung zweier Angehöriger der Schwarzen Reichswehr zum Tode verurteilt worden sind, wurden jetzt von der medlenburgischen deutschnationalen Regierung begnadigt. Die Todesstrafe wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Die Verteidiger der Gebrüder Darmat haben einen Haftentlassungsantrag gestellt. Der Gefängnisarzt hat bereits ein Gutachten über den Gesundheitszustand von J. Darmat abgegeben. Die Strafkammer will aber erst nach einem weiteren Gutachten des Prof. Kraus von der Charité Stellung nehmen.

Verfahren gegen Hitler. Wie die Münchener Post hört, hat die Staatsanwaltschaft in München gegen Hitler und Genossen ein Verfahren eingeleitet. Dies Verfahren steht mit der Sperrung der letzten Versammlung der Deutsch-Völkischen in München in Zusammenhang.

Massenverhaftungen in Budapest. Wegen angeblicher Konspiration mit Rostau ist — wieder einmal — der „unabhängige Sozialist“ Bogi verhaftet worden, aber gleichzeitig noch 35 andere. Für Sonntag habe die Regierung Polizei und Militär gegen Demonstrationen aufgebotsen. Es gab angeblich Zusammenstöße — jedenfalls hat man mehrere hundert Personen verhaftet!

Amerika und der Weltgerichtshof. Der Rechtsanwalt Benjamin Catlings hatte beim Obersten Gerichtshof den Antrag gestellt, den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Internationalen Gerichtshof für verfassungswidrig zu erklären. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sichtbarwerden des Kometen Enfor.

Der am 14. Dezember 1925 von dem Astronomen Enfor an der Kapsternwarte (Südafrika) in dem hoch am südlichen Himmel stehenden Sternbilde des Reges entdeckte Komet befindet sich auf schneller Wanderung nach Norden. Auf dieser hat er im Sternbilde des Wassermannes am 22. Februar 1926 den Äquator überschritten, und damit ist er von der südlichen auf die nördliche Hemisphäre übergetreten, in der er seinen steil nordwärts gerichteten Lauf fortsetzt. Die Sternbilder des Delphins und Fisches hat er inzwischen ebenfalls durchwandert und ist am 7. März in das Bild des Schwans gelangt, an dessen Sterne dritter Größe Jeta er tags darauf sehr nahe vorüberzog. Auf seinem weiteren steil nordöstlich gerichteten Lauf bewegt sich der Komet im östlichen (linken) Teile des Schwans nunmehr auf das Bild des Cepheus zu, das er am 19. März erreichen wird, um am 20. März nahe an dem Sterne dritter Größe Jeta dieser Konstellation vorüberzugehen. Das Sternbild des Schwans findet man gegenwärtig abends tief am Horizont gerade im Norden, und da der Komet schnell höher steigt, bietet sich in nächster Zeit Gelegenheit zu seiner Beobachtung. Einer russischen Meldung zufolge soll er schon mit bloßem Auge zu sehen sein; man wird aber gut tun, zu seiner Auffindung ein Opern- oder Nachglas zu verwenden. Nach der Bahnberechnung von Crommelin und Werton befand sich der Komet am 11. Februar 1926 in seiner Sonnennähe bei einem Abstände von 48,2 Millionen Kilometer; in Erdnähe wird er aber erst am 12. März gelangen, doch dabei nicht näher als 131 Millionen Kilometer herankommen.

Die lateinische Schrift in der Türkei. Die türkischen Briefmarken werden jetzt eingezogen und durch neue ersetzt, die in England hergestellt werden und deren wichtigstes Merkmal darin besteht, daß die Worte „Turkia postalar“ in lateinischen Buchstaben geschrieben sind. Damit ist der Anfang zur Einführung des lateinischen Alphabets bei den Türken gemacht, die sich bisher der arabischen Schrift bedienten. Eine Verordnung der Regierung von Angora hat bereits befohlen, daß beim Unterricht in Algebra und Geometrie lateinische Buchstaben verwendet werden, und die allgemeine Einführung der lateinischen Schrift wird von hervorragenden Persönlichkeiten befürwortet. Eine Sonderkommission der Nationalversammlung erörtert diese Frage, und man wartet nur noch die Entscheidung des Kongresses für Turkologie ab, der gegenwärtig in Baku tagt und bei dem besonders die Bolschewisten für die Abschaffung der arabischen Schrift eintreten.

Wissenschaftler Verein. Mittwoch, abends 8 Uhr. Vortrag im großen Saal des Georgenstr. 34/36 Prof. Dr. G. Kohlschütter über: „Die Entwicklung der Kritik aus der russ.“ Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Karten am Saaleingang.

Die linken Leute geben ihren dritten Abend Donnerstag, 8 Uhr. In der Segeles, Kurfürstendamm 232. Es lesen: Pauline Parodi (Briefe von Rosa Luxemburg) — Schopenhauer's Kampf gegen anomomes Regenten, Kurt Hiller (Kühnheit zum Paradies), Richard D. Kellner (China), die Washington-Konferenz und Deutschland, Georg Weinert (Kittler).

Theaternot im Westen. Der Finanzaußen der Stadt Reddinghausen hat die Schließung des Schauspielhauses zum 1. Mai beschlossen.

fangen! Ich hielt nun den Faden an, soviel ich nur irgend konnte — 4 Luftmaschinen, 10 dicke, 3 glatte — zunehmen — glatt — zunehmen — glatt — zunehmen — — — ich wagte gar nicht mehr aufzusehen vor Eifer und Bemühen, es gut zu machen und meinen Hut fertig zu bekommen! So verloren hörte ich ab und zu das energische Fräulein zu anderen sagen: „Zu locker — taugt nichts — nochmal — keine Rundung, — aufpassen, daß der Bast sich nicht verwirrt.“ — — — Anzwischen war ich bei der zehnten Runde angekommen, wieder hatte mein Kunstwert Handtellergröße erreicht! Aber da erreichte mich auch das Schicksal! Das Fräulein erklärte mir: „See, see, das geht nicht, Sie müssen noch fester häkeln und der Bast darf sich auch nicht spalten! Verzweifelt sah ich auf mein Nachwerk! Fester konnte ich nicht! Ich sah nach meinen Kolleginnen! Ernste Gesichter, im verzweifelten Ringen, das schöne Hütchen nach Vorschein auch ganz fest zu häkeln! Die alte seine Dame sah noch um einen Schatten blässer und hilfloser aus, aber sie hielt durch, und das elende Fräulein drohte wohl zum zwanzigsten Male dem kleinen Mädchen Strafe, wenn es sie immerfort störe.

Alle die tapferen Frauen dort, die mühselig arbeiteten, — den ganzen Tag den Kopf auf die Hätelarbeit gebeugt, um eine Mark und 60 Pfennig zu verdienen — sie hielten stand!

In diesem Frühjahr werden die jungen Damen reizende Hütchen tragen, in allen Farben schillernd — 4 Luftmaschinen — 10 dicke — 3 glatte — zunehmen — — aber fest, nur fest — — noch fester — 6 glatte — zunehmen — glatt — zunehmen — — Stunde um Stunde — — — den ganzen Tag!

Das „gehörjame“ Kammergericht. Wie man im alten Preußen über die Unabhängigkeit des höchsten preussischen Gerichts dachte, dafür liefert eine Eintragung in den Tagebüchern von R. A. Barnhagen von Ense einen hübschen Beitrag. Dieser schreibt unter dem 28. Mai 1837 (Bd. I S. 49):

„Der Präsident Kolph von Kleist soll nun Cheipräsident des Kammergerichts werden. So rasches Aufsteigen ist selten. Das Kollegium haßt ihn sehr, und er gilt für durchaus seroll; neulich soll er bei dem Widerspruch einiger Räte auf den Tisch geschlagen und heftig gerufen haben, das Kammergericht müsse vor allem durch Gehorsam gegen jeden Befehl der höchsten Behörden sich auszeichnen. Freilich, dergleichen Bestimmung und Betragen fördert!“

Heute erzählen die lieben Deutschnationalen, den Hohenzollern werden ihre „rechtmäßigen“ Besitztümer geraubt. Dabei berufen sie sich auf die Urteile deselben Kammergerichts, was Barnhagen v. Ense so schön charakterisierte. Den Kindern wird dafür die nette Geschichte vom Müller von Sanssouci erzählt, die den Respekt des preussischen Königs vor dem Kammergericht illustrieren soll. In Wirklichkeit ist sie bekanntlich eine Geschichtsfälschung. Denn Friedrich II. respektierte das Kammergericht so wenig, daß er seine Räte einsperren ließ, als sie einmal nicht nach seiner Pfeife tanzten wollten.

Monarchischer Kotau.

Die bayerische Regierung betreibt Fürstenagitation.

In Bayern betreibt die Staatsregierung die Agitation für die Fürsten gegen das Volksbegehren. Sie hat eine Rundgebung erlassen, in der es heißt:

„Der den Standpunkt der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung teilt und demgemäß das Volksbegehren ablehnen will, kann sich in den Listen nicht einschreiben.“

Im übrigen bedauert die bayerische Staatsregierung lebhaft, daß die Werbung für das Volksbegehren zu Angriffen auf das Haus Wittelsbach benutzt worden ist, dessen Verdienste um Bayerns Land und Volk unbestreitbar feststehen.“

Die bayerische Staatsregierung stellt sich schützend vor die Wittelsbacher, deren Verdienste aus Bayerns Land und Volk zukunfts des Volks enteignet werden sollen. Wann wird diese Regierung den Majestätsbeleidigungsparagraphen zum Schutze Kupprechts wieder einführen?

Das Reichswirtschaftsministerium.

Seine Aufgaben und sein Umfang.

Das Reichswirtschaftsministerium nimmt eine Sonderstellung unter allen Ministerien ein. Mit einer eigentlichen Verwaltungstätigkeit ist es wenig oder gar nicht befaßt. Seine Hauptaufgabe soll sein, das Wirtschaftsleben in all seinen Phasen zu beobachten und zu erforschen, auf Grund der ermittelten Ergebnisse einen einheitlichen großen Wirtschaftsplan aufzustellen und durch Förderung hier durch Zurückhalten dort die tausendfachen Energien der Wirtschaft in diesen Plan einzugliedern. Zu solchen Aufgaben bedarf es eines Stabes erfahrener Männer, aber keines großen Beamtenheeres. Das Ministerium selbst beschäftigt denn auch nur 169 Beamte, 31 beamtete Hilfskräfte und 76 Angestellte. Im ganzen unterstehen dem Ministerium 1989 Beamte und Angestellte. Mit dieser Beamten- und Angestelltenzahl und seinen Ausgaben von rund 18 Millionen Mark gehört das Wirtschaftsministerium zu den kleineren Ministerien.

Von den 1989 Beamten und Angestellten entfallen allein auf das dem Ministerium unterstellte „Statistische Reichsamt“ 1404 Beamte und Angestellte.

Gegen 1925 haben die Kosten des Ministeriums sich um fast 4 Millionen erhöht. Auch diese Steigerung fällt sowohl bei den fortlaufenden wie bei den einmaligen Ausgaben fast ganz auf das Statistische Reichsamt. Diese Erhöhung der Ausgaben beim Statistischen Reichsamt erklärt sich aus der Vergrößerung seines Aufgabenspektrums. Es sollen erweitert werden die Bevölkerungsstatistik, die Handelsstatistik, die Seeschiffahrtsstatistik und die „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands“. Neu aufgenommen sollen werden die Veröffentlichungen über den seewärtigen Güterverkehr, die Reichs- und Landesfinanzstatistik, die Gemeindefinanzstatistik, die Einkommen- und Körperschaftssteuerstatistik. In den vorjährigen Verhandlungen des Ausschusses waren ferner von den verschiedensten Seiten dringende Wünsche auf Ausbau der Produktionsstatistik und der Zustandsstatistik sowie der Einführung der Konjunkturstatistik geäußert worden. Ausgaben für solche Veröffentlichungen sowie Beiträge an Institute, die solche Themen wissenschaftlich bearbeiten (z. B. das Institut für Konjunkturforschung u. a.) sind in hohem Maße produktive Ausgaben. Die Arbeiten des Statistischen Reichsamts erkennen sich zum Teil großer Anerkennung, daß die Mehranforderungen für dieses Amt sicherlich allgemeine Zustimmung finden werden.

Dem Reichswirtschaftsministerium sind ferner angegliedert das „Reichsaussichtsamt für Privatversicherung“ und das „Reichswirtschaftsgericht“.

Das Reichswirtschaftsgericht beschäftigt zurzeit 65 Beamte und 101 Angestellte und Arbeiter. Seine Ausgaben betragen rund 787 000 M. gegen 662 000 M. in 1925. Seine Einnahmen aus den erhobenen Gebühren 150 000 M. Aus den Mitteln des Reichswirtschaftsgerichtes werden auch die Ausgaben des auf Grund der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 gebildeten Kartellgerichts bestritten. — Schließlich untersteht dem Wirtschaftsministerium noch das „Reichskommissariat für die Kohlenverteilung“.

Preußens Forstverwaltung.

Der Hauptausschuß beschließt Einsetzung eines besonderen Ausschusses.

Der Hauptausschuß des Landtages beschäftigte sich mit der Beratung des Forstgesetzes. Nach der ausführlichen Berichterstattung des Abg. Peters (Soz.) polemisierte der Abg. v. Tresow (Dtsch.) gegen die zu hohen Kosten der Verwaltung und verlangte bedeutende Streichungen. Genosse Wende führte dagegen aus, daß die Sparmaßnahmen des Finanzministers bei diesem Etat nicht angebracht seien, da unsere Wälder durch Forstleueschra und Rauba u großen Schaden erlitten haben. Was heute hier gelpart würde, erfordere in späteren Jahren doppelte und dreifache Aufwendungen. Desgleichen wandte er sich energisch dagegen, daß Verwaltungskosten aufgespart würden durch Herabsetzung der Löhne. Hier würde stärkste Gegnerschaft unserer Partei einsehen. Er befürwortete das Heranziehen von begabten Forstschülern zur Forsterausbildung und wandte sich dann gegen den Boykott der Forstverwaltung gegenüber der Firma Himmelsbach, durch den Hunderte von Arbeitern entlassen würden und der zur Folge gehabt hätte, daß die Eisenbahnverwaltung gezwungen sei, Schwellen aus dem Ausland zu kaufen. Desgleichen wendet er sich gegen das von deutschnationaler Seite vorgetragene Einfuhrverbot von Rund- und Schnittbälzern, das große Preissteigerungen, und da die Abnahmefähigkeiten fehlen, weitere Entlassung von Arbeitern zur Folge haben würde.

Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß die Einnahmen 25 Proz. niedriger sein dürften als im Etat angelegt. 7 Proz. Volksschüler seien zur Forstbeamtenausbildung bis dahin zugelassen, und man begrüße die Anmeldung begabter Volksschüler für diese Laufbahn. Genossin Oestreich bedauerte, daß trotz der anerkennenswerten Bemühungen der Zentralinstanz die nachgeordneten Regierungen und Oberförstereien Ostpreußens den Betriebsräten immer wieder den gesetzlichen Schutz versagten und Schwierigkeiten machen, die tarifvertraglichen Bestimmungen zu erfüllen.

Der Antrag, der einen besonderen Ausschuss einsetzt und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten und Waldarbeiter und die Organisation der Forstverwaltung beraten soll, wurde entgegen des Anspruchs des Ministers angenommen.

Syrische Kämpfe. Nach den Meldungen, die in Paris aus Syrien vorliegen, sollen die Verluste der Aufständischen in dem Kampfe am vergangenen Sonnabend sehr beträchtlich gewesen sein. Die Zahl der Toten soll 156, die der Verwundeten 103 betragen. Unter den Verwundeten befindet sich angeblich auch der Führer der Aufständischen, Sultan Attrafch, der von einer Fliegerbombe getroffen worden sei.

Im Saud anerkannt. Die britische, die französische und die Sowjetregierung haben den Wahabiten Sultan Ibn Saud als König von Hejaz und Sultan von Redjed anerkannt.

Die „Aufsichtsperson“.

Wer in ländlichen Bezirken sich zu dem Vokal begiebt, in dem die Einzeichnungen zum Volksbegehren stattfinden, findet zuweilen den „Streichposten“ der Deutschnationalen, der friedlich seine kurze Pfeife rauchend, auf dem nicht vorhandenen Bürgersteig der ländlichen Dorfstraße auf- und abwandert. Spärlich ist ja in solchem Klein-Schafkopfhäusen die Zahl derer, die gegen den Stachel zu lösen wagen; das Gebot des gnädigen Herrn oder des Inspektors hält die Mehrzahl der in abhängiger Stellung Befindlichen von der Befundung der eigenen Meinung zurück. „Ja, das waren noch schöne Zeiten“, so philosophieren die trunksüchtigen Mannen des Landbundes, „als man dem Kropfzeug einfach den Zettel in die Hand drückte oder gar kommandierte, wenn sie in der öffentlichen Wahl die Stimme zu geben hätten.“ Heute geht ihr Bestreben danach, die „räudigen Schafe“ kennen zu lernen, die mit dem „Raubzeug“ hielängeln. Die Presse, die ja seit 1918 ihre Spezialität, mit den Mitteln des Terrors und der Denunziation zu arbeiten, aufs höchste ausgebildet hat, gibt in vorsichtiger Weise die Belehrung, wie man dem Befehle ein Schnippen schlagen kann — von Bedenken, daß die öffentliche Moral darunter leiden könne, kann ja bei ihr keine Rede sein. Die politische Erziehung des Teils unserer Genossen, die in solchen agrarischen Brennpunkten ihren Wohnsitz haben, gibt die Gewähr, daß solchen Sabotagen und Spitzelversuchen auf gefühligem Wege entgegengetreten wird — für die Entscheidung so manches Dorfgewaltigen ist das Ereignis des Volksbegehrens von Bedeutung, daß auch unter denen, die politisch sich von den patriotischen und mittelstandsfreundlichen Klängen der Phrasen der Rechtsparteien haben einsaugen lassen, sich viele finden, die dem Volksbegehren ihre Sympathie zuwenden, ist wiederholt bemerkt worden — die Erfahrungen, die sie mit der Erfüllung jener Versprechungen gemacht haben, sind nicht vergessen. Daß die „Aufsichtsperson“ da einen schweren Stand haben, liegt auf der Hand. Sind es freiwillige Helfer, so tritt das meist kameradschaftliche Gefühl, das sie mit dem zu Behelenden verbindet, hindernd in den Weg — und sind es bezahlte Subjekte, so weiß man nie, ob ihre in Geld umgesetzte Begeisterung auch bei dem Erscheinen eines echten Bauern Stand hält. Vielleiht ist gar unter ihnen einer, der am letzten Tage seiner „Aufklärungs- und Beaufsichtigungsmission“ selbst den Weg in das Einzeichnungslotal findet. Bei solchem Miniaturumfall kann er sich ja auf die Mammutumfälle seines Brotgebers berufen.

Volksbegehren — Volksinteresse.

Das Volksbegehren läuft weiter. Läuft weiter, als ob es schon die selbstverständliche Sache der Welt wäre. Wer sich noch niemals mit Politik beschäftigt hat, ist diesmal dafür interessiert. Jeder fühlt, daß die Ansprüche der Fürsten nicht nur den Interessen des Volkes, sondern auch den eigenen und persönlichen Empfindungen von Recht und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen. Wie allgemein dieses Gefühl ist, wird deutlich spürbar beim Gang durch die Straßen der Stadt: überall ist die Frechheit der Fürsten Tagesgespräch, überall die Mahnung, ihr durch Beteiligung am Volksbegehren entgegenzutreten, Selbstverständlichkeit. In den Einzeichnungslotalen, in denen sich die Beamten allmählich schon recht gut eingearbeitet haben und sich notgedrungenemmaßen auch dort willig zeigen, wo das Herz teils aus Dummheit und teils aus Bürgertradition ein wenig noch den Fürsten schlägt, findet das in regem Betrieb seinen Niederschlag am deutlichsten. Auch von den Lokalen, vor denen Plakatträger stehen, wo aber auch durch das gesprochene Wort stark agitatorisch gewirkt wird, ist ebenfalls deutlich zu erkennen, daß Volksbegehren Volksinteresse ist. Oft fand in diesen Tagen diese Tatsache dramatische Steigerung. So, als einmal im Norden ein von innen effektiv besuchter Laternenposten mit dem Schild „Hier müßten die Fürsten aufgehängt werden“ spazierengelagert wurde. So, als einmal der Versuch gemacht wurde, eines der amtlichen Plakate von den Säulen abzuhängen — der übliche Reifer wäre bald verprügelt worden. So sicherlich noch oft bis zum 17. März, der ein Siegestag sein soll in dem heiligen Kriege, den diesmal das Volk für das Volk führt.

Aus Lichterfelde wird uns geschrieben: Es hat den Anschein, als ob man die Stimmabgabe zum Volksbegehren in Groß-Lichterfelde, einem ausgesprochen rechts orientierten Bezirk, abichtlich erschwert. Während zu sämtlichen Wahlen stets Wahllokale in den einzelnen Bezirken bereitstanden, müssen beispielsweise wir Anwohner des Botanischen Gartens unter großem Zeitverlust auf das schwer erreichbare Lichterfelder Rathaus, um dort unsere Eintragung zu bewirken. ½ Stunde Entfernung. Viele, die tagsüber von früh bis spät arbeiten müssen, sind damit außerstande, ihre Stimme abzugeben. Sollte es in anderen Bezirken ähnlich aussehen?

Gegen die Fürstenabfindung!

In einer Riesenerammlung in der „Neuen Welt“, Hasenheide, die durch die Neuföllner Viedertafel stimmungsvoll mit dem Gesang: „Empor zum Licht“ eingeleitet wurde, sprach gestern abend der Landtagspräsident Genosse Bartels. Anknüpfend an die ungeheure Wirtschaftskrise mit ihrem Millionenheer von Arbeitslosen und Kurzarbeitern und den durch die Inflation zahlreich gebrochenen Existenzen zeigte der Redner, wie die Fürsten in solcher Elendszeit die Frechheit aufbringen, dem verarmten Volke Milliarden abzuknöpfen. Mit beiführender Satyre, oft von stürmischen Zurufen und Beifallsstürmen unterbrochen, schilderte er den Verkauf von Landeslindern und die Räuberwirtschaft der Fürsten. Was unter Bismarck nach 1866 eine Selbstverständlichkeit war, die Enteignung der damaligen kleinen Könige und Herzöge, soll heute auf einmal Unrecht sein? Ein Sturm der Entrüstung ging durch den Riesensaal, als der Redner die Forderungen der Hohenzollern zerplückte. Die Abfindung kann nicht auf rechtlichem Wege gelöst werden, denn darin hat gerade Preußen schlechte Erfahrungen gemacht. Alle Prozesse sind zugunsten der Hohenzollern entschieden worden und der Staat mußte noch etwa zwei Millionen Gerichtskosten zahlen. Selbst das jetzt im Reichstag zusammengebrachte Kompromiß kann nicht zum Ziele führen. Unter kühnem Beifall schloß der Redner mit der Aufforderung, aller Sabotage der Rechtsparteien zum Trotz nun erst recht für das Volksbegehren einzutreten.

Nach einem Schlusswort des Landtagsabg. Genossen Harnisch und dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ wurde die eindrucksvolle Feier geschlossen.

Der zweite Trianon-Film-Prozess.

Vor der zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts I stand heute die Berufungsberatung in dem großen Trianonfilm-Heimstätten G. m. b. H.-Prozess unter Vorsitz von Landgerichtsrat Böttcher an. Es handelt sich, wie erinnertlich, dabei um den viermillionen Kredit den die aus städtischen Mitteln gespeiste Wohnstätten G. m. b. H. an die inzwischen in Konkurs geratene Trianonfilmgesellschaft gegeben hatte. Das Schöffengericht hatte sämtliche Angeklagte von der Anklage des Betruges und der Untreue freigesprochen. Gegen dieses Urteil war von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden, und die neue Anklage richtete sich wiederum gegen Regierungsrat Breischneider, Regierungsrat Benzel, Geh. Regierungsrat Glah, den kaufmännischen Direktor Busch sämtlich von der Gruppe der Wohnstätten G. m. b. H., sowie gegen die Kaufleute David Schratler, Ignaz Schratler und Ingenieur Otto von der Trianonfilmgesellschaft. Zur Verhandlung waren fünf Sachverständige erschienen und man rechnete wiederum mit einer Verhandlungsdauer von vielen Wochen. Beim Aufruf stellte sich jedoch heraus, daß die Brüder David und Ignaz Schratler ausgeblieben waren. Staatsanwaltschaftsrat Linden, der zusammen mit Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner die

Anklage vertritt, erklärte, daß er ohne die Angeklagten Schratler nicht verhandeln könne. Rechtsanwalt Dr. Sack erklärte, daß David Schratler in Paris, wo er sich aus geschäftlichen Gründen aufhalte, schwer an einem Gallensteinleiden erkrankt sei. Es sei ihm auch ein ärztliches Attest aus Paris bereits zugefahrt worden, das er nachträglich dem Gericht einreichen werde. Die Erkrankung sei so bedenklich, daß Ignaz Schratler vor wenigen Tagen zu seinem Bruder habe fahren müssen. Rechtsanwalt Dr. Eisenstadt wandte sich gegen die Vertagung, während sich Rechtsanwalt Dr. Walter Heyn für die Vertagung erklärte. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu dem Beschluß, den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Vertagung zu entsprechen, da es zur Aufklärung der Sache dringend notwendig sei, daß David Schratler persönlich an der Verhandlung teilnehme. Damit schloß die Verhandlung.

Der ausgehöhlte Kochherd.

Ein ungewöhnliches Versteck.

Zur Verhütung einer Gefängnisstrafe wurde seit längerer Zeit ein junger Mann namens Erich Burr von der Kriminalpolizei gesucht. Die Beamten der Fahndungsinspektion ermittelten endlich, daß eine Freundin in der Weierstraße ihm Unterschlupf gewährte. Sie machten dort auch wiederholt einen Besuch, aber Burr war nicht zu finden. Das war kein Wunder, denn er hatte sich in der Behausung zwei Verteele zurechtgemacht, auf die so leicht niemand kommen konnte. In eine Wand hatte er ein 1,70 Meter hohes, ziemlich tiefes und entsprechend breites Loch gestemmt, in dem er bequem sitzen konnte. Sobald Gefahr drohte, steckte ihn die Freundin dort hinein und schob einen großen Schrank davor, so daß nichts zu sehen war. Aber das genügte Burr noch nicht. Weil die Beamten doch einmal Verdacht schöpfen konnten, so höhle er in der Küche den ganzen Kochherd bis zum Bratofen aus. War er nun gerade in der Küche, wenn es klopfte, so kroch er in diese Höhle hinein, und die Freundin bedeckte die Eisenringe mit Töpfen, Kannen und was sie sonst gerade zur Hand hatte. Gestern kamen die Beamten wieder einmal, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß Burr jetzt da sein müsse. Als sie ihn wieder nicht antrafen, gingen sie sehr gründlich zu Werke. Sie räumten alle Einrichtungsstücke von der Stelle und fanden nun auch das Loch in der Wand. Aber Burr war nicht darin. Die ungewöhnliche Art des Verstecks machte die Beamten vollends misstrauisch. Sie suchten nun auch die Küche in allen Einzelheiten ab, entdeckten ihren „Runden“ endlich im Kochherd, holten ihn heraus und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium.

Untergrundbahnhof Dirschensstraße.

Veränderte Linienführung der UEG-Schnellbahn.

Der Ausschuss des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, der über die Durchführung des Baues der UEG-Schnellbahn zu befinden hat, beschloß in seiner gestrigen Sitzung eine Veränderung der Linienführung dieser neuen Schnellbahn. Bisher sollte diese Linie von Norden kommend unter der Zentralmarkthalle in die Neue Friedrichstraße einbiegen, in der bekanntlich das Tunnelstück von der Grunerstraße bis zur Spree mit dem projektierten Bahnhof Stralauer Straße im Rohbau bereits fertiggestellt ist. Es war geplant, in der Nähe der Königsstraße einen weiteren Bahnhof anzulegen und von diesem einen Verbindungsgang zum Untergrundbahnhof Alexanderplatz zu bauen. Dieses Projekt hat man jetzt so abgeändert, daß die von Norden kommende Linie in die Dirschensstraße einbiegt, hier am Fernbahnhof Alexanderplatz eine Station erhält, und daß dann die Linie unter der Stadtbahn und dem Barenhaus Wertheim weiterläuft zur Grunerstraße Ecke Neue Friedrichstraße, wo sie unter dem Tunnel der alten Untergrundbahn hindurch zum Bahnhof Stralauer Straße in der Neuen Friedrichstraße geleitet wird. Dadurch wird die am Alexanderplatz gelegene Station der UEG-Schnellbahn dem alten Untergrundbahnhof bedeutend näher gerückt. Außerdem kann man den neuen Bahnhof an dieser Stelle so ausbauen, daß er später auch die Anschlüsse nach dem Osten aufnehmen kann.

Polizei und Kommunisten.

Zu ersteren Zusammenstößen kommunistischer Demonstranten mit Schupo-Beamten kam es gestern abend gegen 9 Uhr im Bezirk Friedrichshain am Petersburger Platz. Ein etwa 400 Mann starker Zug des kommunistischen Jungsturms bewegte sich durch die Straßen, als einige Teilnehmer am Petersburger Platz Feuerwerkskörper abbrannten. Die begleitenden Polizeibeamten schritten hiergegen ein und nahmen den 18 Jahre alten Tischer Fritz Sabotha aus der Ederstraße und den 23 Jahre alten Expedienten Heinrich Gabelein fest. Hierauf wurden die Beamten von der Menge bedrängt. Der Polizeiwachmeister Becker wurde bei dem entstehenden Handgemenge am Kopf schwer verletzt und mußte in das Staatskrankenhaus übergeführt werden. Der Täter, ein Fleischer B. Duwe aus der Wolziger Straße, zusammen mit den beiden obengenannten Verhafteten wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Ein größeres Aufgebot zerspreute gegen 10 Uhr die Menge.

Freiwillig-Morgenfeier des Reichsbanners!

Am Sonntag, 14. März, vorm. 11 1/2 Uhr, veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, im Deutschen Theater eine Freiwillig-Morgenfeier. Nach Rezitationen von Elisabeth Bergner, Rosa Valetti und Alfred Weierle wird „Vergilens Erlebnis“ von E. von Rebetting zur Darstellung gelangt. Ihre Mitwirkung haben zugefagt: Hedwig Wangel, Maria Paudler, Käthe Burgbar, Paul Denfels, Leo Reuß, Jaro Jürich, Alfred Weierle, Martin Wolfgang. Die Regie hat Paul Denfels übernommen. Karten sind im Gaubureau des Reichsbanners, Sebastianstr. 37/38, erhältlich.

Die zweite Reichskonferenz des Arbeiter-Radioklubs. Am Schluß der Sonnabendtagung, über die wir bereits in unserer Sonntagsnummer berichteten, referierte Hoffmann-Schmargendorf über die Arbeiter-Radio-Internationale. Arbeiter-Radio-Vereinigungen sind im Laufe des Jahres in Rußland, Holland, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei entstanden. In den englischen und romanischen Sprachgebieten sind dagegen erst geringe Fortschritte zu verzeichnen. Nach langer Debatte wurde die Verlegung des Internationalen Arbeitsausschusses nach Wien beschlossen. Als deutschen Vertreter für diesen Ausschuss wurde Hoffmann-Schmargendorf gewählt. Die Gründung einer großen Arbeiter-Funkzeitung steht bevor. Der Vorsitzende des Deutschen Arbeiter-Radio-Klubs schloß die Tagung mit einem Appell, den nationalen und internationalen Kampf um das Recht am Rundfunk geschlossen und mit Nachdruck zu führen.

Ueber die praktische Arbeit der Jugendwohlfahrtspflege in Berlin. In ans, der Feder des Genossen Stadtrat Dr. Friedländer ein beachtenswerter Beitrag in der letzten erschienenen Programmnummer der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Kommunale Blätter“, herausgegeben vom Bezirksverband Berlin der SPD., enthalten. Auch diese Nummer gibt Aufschluß über die Tätigkeit der Sozialdemokraten auf den verschiedenen Gebieten der Kommunalpolitik. In einem weiteren Artikel: „Um die Berliner Verkehrsvereine“ gibt Sen. Stadtverordneter Reuter Aufschluß über die Stellung der Sozialdemokraten zu den benennenden Berliner Verkehrsvereinen. Am Schluß der Zeitschrift folgen Berichte aus der Berliner Stadtverordnetenversammlung der SPD. und Mitteilungen über Wohnungsbau und Wohnungsmittel. Die „Kommunale Blätter“ erhalten alle Funktionäre und kommunalpolitisch tätigen Mitglieder des Bezirksverbandes Berlin der SPD. durch die Organisation zugestellt. Alle sonstigen Interessenten können dieselben durch die Post beziehen.

Wie sie die Wohnungsfrage „lösen“.

Ein Kreis von Fachmännern des Wohnungs- und Siedlungswesens hatte sich am Sonnabend im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses zu einem „wissenschaftlichen Abend“ versammelt, den der Herausgeber der Monatschrift „Deutsches Wohnungsrarchiv“ veranstaltete. Der Vorsitzende, Geheimrat Justizrat Professor Dr. C. Heymann in Berlin, bemerkte, man wolle die für Hauseigentümer und Wohnungsmieter wichtigen Fragen durch sachliche und möglichst vielseitige Erörterungen klären. Es gab aber nur eine Reihe Vorträge zu hören, und eine Besprechung wurde von vornherein ausgeschlossen.

Im dem ersten Vortrag wollte Reichsgerichtsrat Linz-Leipzig vor den „rechtspolitischen und rechtsetzenden Gefahren der Wohnungszwangswirtschaft“ warnen. Er meinte, die Wohnungszwangswirtschaft sei mit gesunden Rechtsgrundsätzen nicht in Einklang zu bringen. Das ganze Volk werde zu einer falschen Rechtsauffassung verführt, die einmal auch auf andere Gebiete übergreifen werde. Des Redners Mahnung, die Wohnungszwangswirtschaft in den Rahmen des geltenden Rechtes zurückzuführen, fand bei der stark mit Vertretern des Grundbesitzes durchsetzten Zuhörerschaft lebhaften Beifall. Der Nationalökonom Prof. D. Wolff-Halle bemängelte in einem Vortrag über „Wohnung und Wohnungsbauförderung“ die neuere Bauartigkeit, bei der zu sehr der Kleinhäuserbau („die kleine Villa des kleinen Mannes“, sagte er) bevorzugt werde. Er hält wegen der allgemeinen Geldknappheit eine Einschränkung unseres Wohnungsbaues auf Jahrzehnte hinaus für nötig, im übrigen müsse das aus der Zeit vor dem Kriege bekannte Verhältnis zwischen Einkommen und Miet wieder erreicht werden, wenn die Wohnungsproduktion sich der Wohnungskonsumtion anpassen soll. Auch mit Professor Wolff waren die Grundbesitzvertreter zufrieden, wie ihr lebhaftester Beifall bewies. Ein Herr Balfraum, Studienrat und Regierungsbaumeister aus Deutsch-Krone, früher Geschäftsführer in einer Siedlung des Hauptmanns Schande, sprach über „Ergebnisse und Hemmungen im Siedlungs- und Heimstättenwesen“. Unter anderem erörterte er die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung und die Selbsthilfe durch Mitarbeit bei der Bauausführung. Er fordert gleichfalls, daß wir „unser Wohnungsideal umstellen“. Schon in den Ausführungen dieses Redners merkten sich die Anspielungen auf politische Zustände. „Auf der Höhe“ war aber in dieser Hinsicht erst der letzte Redner, der Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Pfarrer Koch in Berlin. Er schien ganz vergessen zu haben, daß der Vorsitzende im Beginn der Sitzung angekündigt hatte, man werde zwar auch Fragen der Politik berühren müssen, sie aber nicht vom Standpunkt der Parteipolitik beantwortet werden. Den Pfarrer hatte man beauftragt, über „Bodenrecht und Kirche“ zu sprechen. Von vornherein lebte er jede Zusammengehörigkeit der Kirche mit dem Bodenrecht ab. Er erzählte von dem in der Bibel erwähnten Gesetz der Juden, daß verfallenes Land im „Jubeljahr“ dem früheren Besitzer wieder zufallen sollte. Das sei aber etwas ganz anderes gewesen als die „Utopien neuerzeitlicher Bodenreformer“, sagte er, die Gelegenheit zu einem Seitenhieb benutzend. In einer Betrachtung über den Bauernkrieg leistete Herr Koch sich Ausfälle gegen das Verlangen nach „Freiheit und Gleichheit“ und gegen den „sozialistischen Zukunftsstaat“, an den er dabei erinnerte. Mit solchen Späßen trug er das Seine bei zu der vom Vorsitzenden verprochenen „sachlichen Erörterung und wissenschaftlichen Klärung“. Zuletzt betonte er nochmals, die Kirche habe nichts mit Bodenreform zu tun und dürfe nicht mit ihr zu tun haben. Langanhaltender Beifall zustimmender Hausbesitzer dankte diesem Pfarrer. Daß er sich den Haupterfolg buchten konnte, kennzeichnete seine Zuhörer.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in dieser Woche ihre Sitzung am Donnerstag um 7 1/2 Uhr. Infolge der Dauerreden, die es im Rathaus oft zu hören gibt, ist die Anhörung noch unvollständiger. Heute zu einem anscheinend unheilbaren Zustand geworden. Unter dem diesem wieder 49 Beratungsgegenständen der Tagesordnung sind namentlich viele Anträge, die aus früheren Sitzungen immer wieder mitgeschleppt werden mußten.

Schlafwagen 3. Klasse, sogenannte Liegewagen, werden von heute ab auf der Strecke Berlin-Köln verkehren. Die D-Nr. 9 und 10, in denen diese Wagen eingestuft sind, verlassen Bahnhof Friedrichstraße 8 Uhr 23 Min. abends bzw. Köln-Hauptbahnhof 8 Uhr 17 Min. abends.

Sport.

Göta-Stochholm schlägt S. C. C. 4:0.

Die schwedische Eishockey-Mannschaft, die zurzeit noch in Berlin wohnt, trat gestern abend gegen den „Charlottenburger Sportklub“ zu einem Eishockeykampf an. Die Schweden, die sich bereits am Sonnabend und Sonntag anlässlich der deutschen Eishockeymannschaften in ihrem Spiel gegen den „Berliner Sportklub“ die Sympathie des Publikums erworben hatte, spielten auch gestern wieder äußerst fair. Im ersten Teil des Spiels gelang es den Schweden, einmal in das Berliner Tor zu landen. Wiederholt kam es zu gefährlichen Situationen vor dem Berliner Tor, doch konnte die Verteidigung und der überaus gute Berliner Torwächter weitere Tore verhindern. Die Mannschaften gingen mit 1:0 in die Halbzeit. Nach der Pause schossen die Schweden noch dreimal erfolgreich ein. Die S. C. C. spielte mit viel Bech und trotz wiederholter gutgeleitener Durchbrüche blieb ihnen das Ehrentor versagt. Das Spiel endete mit 4:0 für Göta-Stochholm.

Aus der Partei.

Die Sozialistische Monatshefte (Berlin W. 35, Potsdamer Straße 121 H.) haben heute das 3. Heft ihres 32. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Zum 100. Geburtstag Wilhelm Liebknechts, von Paul Kampffmeyer; Deutschland und Polen im Völkerverband, von Dr. Ludwig Duesel, Mitglied des Reichstags; Die deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg, von Hermann Jäkel, Vorsitzender des Deutschen Textilarbeiterverbandes; Der religiöse Sozialismus in Deutschland, von Dr. Carl Rennicke; Wäskerei und Film, von Ernst Kalkai; Produktionsgebäude und Staatssozialismus, von Walter Fahl; Vitalismus und Mechanismus, von Dr. Hans Haukestein; Das Rechtsprinzip in der Fürstenabfindung, von Dr. Karl Steinhoff; Die junge Dichtung in Italien, Griechenland, Frankreich, von Dr. Max Hachdant; Die Loten: Pablo Iglesias, Georg Klingenberg, Anna Kulischow-Turati, Georg A. Schweinfurth und anderes mehr. Der Preis des Heftes beträgt 75 Pf., ein Vierteljahresabonnement 2,25 M. Probehefte durch die Vorwärts-Buchhandlung.

Gewerkschaftsbewegung

Keine Drückung der Notstandsarbeiterlöhne Eine Richtigtstellung des Reichsarbeitsministers.

Wir erhalten vom Reichsarbeitsminister folgende Mitteilung:

In Nr. 100 Ihres geschätzten Blattes vom 6. März d. J. finden sich unter der Ueberschrift „Herabdrückung der Notstandsarbeiterlöhne?“ Ausführungen des Reichsdienstes der deutschen Presse über einen Erlaß des Reichsarbeitsministeriums, die unzutreffend sind. Ein solcher Erlaß ist nicht ergangen, es ist insbesondere auch nicht richtig, daß die Löhne der Notstandsarbeiter nur 60 Proz. der Normallöhne betragen sollen. Für die Vergütung der Notstandsarbeiter sind nach wie vor maßgebend die Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925. Wohl aber habe ich den Ländern unter dem 27. Februar d. J. die Entschließung des Reichstags mitgeteilt, in der er aus Anlaß der Erhöhung der Höchstlöhne in der Erwerbslosenfürsorge zum Ausdruck gebracht hat, die Reichsregierung müsse mit allem Nachdruck bei den Ländern dahin wirken, daß eine unberechtigte Venuhzung der Erwerbslosenfürsorge bekämpft und jede Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme wahrgenommen wird und mir dabei vorbehalten, auf diese Entschließung in einem besonderen Schreiben zurückzukommen.

Wir hatten von vornherein begründete Zweifel, ob die Meldung des Reichsdienstes in allen Teilen richtig ist. Wir veröffentlichen sie, in der Absicht, eine Klarstellung herbeizuführen. Das ist durch die Richtigtstellung des Reichsarbeitsministers nunmehr geschehen.

Schutzschilder gegen Streik.

Wie unsere „Wirtschaftsführer“ aussehen.

Neben den verschiedensten Interessensvereinigungen der Unternehmer besteht ein Deutscher Industrieschutzverband, der seinen Sitz in Dresden hat. Dieser Verband hat natürlich auch ein Verbandsorgan, „Industrieschutz“ benannt. Darin ließ er jüngst folgende Verlautbarung abdrucken:

Mitgliedschilder.

Wir haben wiederholt schon unsere Mitglieder auf die Vorteile hingewiesen, die ihnen das Anbringen der von uns zur Verfügung gestellten Mitgliedschilder an sichtbarer Stelle ihres Betriebes bringen würde. Viele Mitglieder, die von unserem Anerbieten Gebrauch gemacht haben, haben uns die ausgezeichnete Wirkung bestätigt, die von der Anbringung der Schilder ausging. Es ist auch zweifellos, daß der Arbeiter vom Vorhaben des Streikes absehen wird, sobald für ihn erkennbar wird, daß er den damit beabsichtigten Zweck der Schädigung des Arbeitgebers nicht erreichen kann, weil der Arbeitgeber die ihm etwa zuzuführenden Verluste durch die Entschädigungsgesellschaft gedeckt erhält. Das Anbringen des Vorhabens unter diesen Umständen wird auch der Arbeiter einsehen.

Wenn unsere Mitglieder, was bisher leider nicht der Fall ist, sämtlich die Schilder anbringen würden, so würde die Zahl der Streiks in unserem Mitgliedsbereich wesentlich herabgesetzt werden. Die Schilder der Feuerversicherungsgesellschaften an den versicherten Objekten haben ja ebenfalls die Zahl des Prozentlages böswilliger Brandstiftungen erheblich herabgesetzt.

Es liegt daher auch im eigenen Interesse unserer Mitglieder, sich der streikverhütenden Wirkung der Mitgliedschilder zu bedienen. Wir können die Schilder vorläufig, solange der Vorrat noch reicht, kostenlos an unsere Mitglieder abgeben und bitten diejenigen, die noch keine von uns bezogen haben, um möglichst umgehende Bestellung.

Deutscher Industrieschutzverband.

Sitz Dresden.

Der Leser gerät ohne weiteres in starkem Zweifel darüber, ob er an dieser Schilder-Schildbürgergeschichte mehr die geradezu rührende Naivität bewundern soll, mit der hier ein Feilsch gegen Streik empfohlen wird, oder aber die Dummheit, die aus der Unterstellung hervorgeht, die Arbeiter streikten, um den Arbeitgeber zu schädigen, da sie durch böswillige Brandstiftungen dieses Ziel nicht mehr erreichten. Ueber die Katastrophe dieser „besseren Sachfen“ ist kein Wort zu verlieren. Darüber lacht man. Es gibt aber ein ziemlich sicheres Mittel gegen Streik, das freilich etwas kostspieliger, dafür aber auch wirksamer ist als die kostenlosen Schilder: anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ohnedem ist kein Schild groß genug, hinter das sich die Unternehmer vor dem Streik verschützen könnten.

Die Kommunisten gegen die Gemeindeführer.

Die kommunistische Landtagsfraktion schiebt der „Roten Fahne“ eine Erwiderung auf die Feststellungen des Hauptvorstandes des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, die wir in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom Sonnabend wörtlich veröffentlichten. Die Erwiderung geht vorsichtig um den Kern der Angelegenheit herum. Sie bestrittet nicht, daß der kommunistische Antrag nur ein „Demonstrationsantrag“ war, wie Dörr selbst erklärte, ein Antrag, der keinerlei Aussicht auf Annahme hatte und den Antrag schädigte, den unsere Genossen in Uebereinstimmung mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vorher eingebracht hatten. Die Erwiderung der kommunistischen Landtagsfraktion bestrittet auch nicht, daß ihr Demonstrationsantrag entgegen der Zusicherung von Dörr aufrechterhalten wurde. Die Erwiderung bestrittet auch nicht, daß dieser Demonstrationsantrag keineswegs, wie die „Rote Fahne“ behauptet hatte, mit Zustimmung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eingebracht wurde, daß im Gegenteil der Verband bei, diesen Antrag zurückzuziehen.

Diese Feststellungen genügen, um den Schwindel der „Roten Fahne“ aufzuzeigen. Es ist natürlich Schwindel, wenn die kommunistische Landtagsfraktion behauptet, daß sie allein sich vor der Entscheidung über die Städteordnung an den Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes gewandt hat. Dieser Schwindel ist um so dicker aufgetragen, als dem Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion ja gerade der vorher eingebrachte Antrag der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Annahme empfohlen wurde.

Der Kampf um den DMB.

Die KPD. will die Metallarbeiter entrechtchen.

Die kommunistische Fraktion innerhalb der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes macht die größten Anstrengungen, um die Mitglieder einzufangen. Unter dem Schein einer sachlichen „Opposition“ verucht die KPD, in Wirklichkeit sich der Herrschaft über diese große Organisation zu bemächtigen. Sie hat in den vergangenen Jahren durch die Spaltung der Arbeiterschaft durch die Ausziehung der sogenannten Union vergebens versucht, den Deutschen Metallarbeiterverband als maßgebende gewerkschaftliche Vertretung der Metallindustrie zu verdrängen. Es ist der KPD gelungen, Zehntausende von Mitgliedern aus der Organisation hinauszuklefen. Es ist ihr aber nicht gelungen, eine eigene Organisation, die irgendwie eine Macht gegenüber den Unternehmern besitzt, ins Leben zu rufen.

Durch die Spaltungsmanöver hat

die KPD den Unternehmern den größten Dienst erwiesen und der Arbeiterschaft schweren Schaden zugefügt. Nun gibt sie die scheinheilige Parole der „Einheitsfront“ aus, um damit Dumme zu fangen. Nachdem sie den Scharfmachern der Metallindustrie durch ihre Hege gegen den Deutschen Metallarbeiterverband Handlangerdienste geleistet hat, stellt sie sich hin und schreit gegen eine angebliche „Arbeitsgemeinschaft“. Die KPD weiß selbstverständlich ganz genau, daß weder der DMB, noch der DMB, noch sonst eine freigewerkschaftliche Organisation für die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft eintritt. Die KPD. weiß ganz genau, daß der DMB. klar und scharf sich gegen die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen hat. Die Erzählung von der angeblich geplanten Wiedererrichtung der Arbeitsgemeinschaft ist also nichts als eine demagogische Lüge.

Die KPD. wendet sich mit Vorliebe an die Arbeitslosen. Sie stellt Forderungen auf, an deren Verwirklichung sie selbst nicht denkt. Sie will

Die Arbeitslosen als Stoßtrupp gegen die Gewerkschaften

gebrauchen. Die Gewerkschaften haben sich mit aller Entschiedenheit für die Arbeitslosen eingesetzt. Sie haben in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, im Reichstag und im Landtag eine Reihe von Verbesserungen für die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter erreicht. Sie haben eine, wenn auch durchaus ungenügende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchgesetzt.

Was aber hat die KPD. bisher für die Arbeitslosen getan? Sie füttert sie mit demagogischen Redensarten und leeren Versprechungen. Sie hat den besten Schutz der Arbeitslosen, die freigewerkschaftliche Organisation durch ihre jahrelange Hege gegen die Gewerkschaften unterminiert. Ohne die Gewerkschaften wären die Arbeitslosen völlig schutz- und hilflos. Die KPD. würde ihnen gewiß nicht helfen. Daran mögen die arbeitslosen Mitglieder des DMB. denken, wenn sie diese Woche die Wahlkörperversammlungen besuchen. Sie müssen restlos zu diesen Versammlungen erscheinen und dafür eintreten, daß die Werkzeuge der KPD. in ihre Schranken zurückgewiesen werden. Sie müssen dafür wirken und eintreten, daß die Unabhängigkeit ihrer Organisation gegenüber den Herrschaftsgelüsten der KPD. gewahrt bleibt. Keine Stimme der unter der Diktatur von Moskau stehenden „Opposition“. Alle Mitglieder müssen eintreten für die Unabhängigkeit des DMB. für die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung!

Einlegung von Feierschichten bei Ruhrzechen.

Köln, 9. März. (Mit.) Die sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage und der schlechte Kohlenabsatz veranlassen nunmehr auch die Einlegung von Feierschichten bei einer Reihe von Ruhrzechen, die bisher von der Wirtschaftskrisis verhältnismäßig wenig betroffen wurden. Es mußten u. a. die Zeche „Zollern“ (Belsenkirchner Bergwerks A.G.), Zeche „Dörsel“ (Eisener Steintohlenbergwerke A.G.), Zeche „Adolf von Hansemann“ (Deutsches Bergbau) und jetzt Zeche „Victoria“ bei Lünen am Sonnabend Feierschichten einlegen.

Ausperrung in der englischen Maschinenindustrie.

London, 9. März. (Mit.) Die Aussicht auf Verhütung der Ausperrung von einer halben Million Arbeitern der Maschinenindustrie hat sich heute dadurch wesentlich verringert, daß die Arbeiter des Londoner Bezirks, die im wilden Streik stehen, es abgelehnt haben, entsprechend den Forderungen des Arbeitgeberverbandes und den Anweisungen ihrer Gewerkschaften die Arbeit wieder aufzunehmen.

Diese Zuspitzung des Konflikts in der englischen Maschinenbauindustrie rückt die Gefahr einer Ausperrung von 500 000 Arbeitern näher. Die unmittelbare Ursache des Streiks bei der Firma Hoe u. Co. in London ist die Einstellung von Unorganisierten verbänden die Arbeiter eine Lohnforderung von 20 Schilling die Woche. An dem Streik sind insgesamt 900 Arbeiter beteiligt. Es würde wegen dieses Streiks nicht zur Drohung einer großen Ausperrung gekommen sein, wenn die Unternehmerorganisation den Streik nicht als eine Art Vorpiel betrachtete. Da sich die Lage der englischen Maschinenbauindustrie im letzten Jahr gebessert hat, sind die Arbeiter im allgemeinen der Auffassung, daß der Zeitpunkt für eine Lohnerhöhung gekommen ist. Obwohl der Streik als wilder Streik bezeichnet werden muß, findet er doch die Sympathien der übrigen Maschinenbauer.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Berlin, Gemeindefratte, Mitgliederversammlung der Fachgruppen Bauwesen, Architekten und Steinmetzmeister am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „Zur alten Geheimratsküche“, Berlin SW., Jerusalemstr. 8 am Dönhofsplatz.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Ernst Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Glatzer; Feuilleton: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Felix Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

OBERST OBERST

in Qualität Form und Ausstattung unerreicht

Waldorf-Astoria Cigaretten-Fabrik Aktiengesellschaft.